

Probleme mit der „Demokratie“

Die bürgerliche Gesellschaftstheorie steht auf dem Kopf: Die Herrschaft des Kapitals nennt man „Demokratie“ und die sozialorientierten Staaten „Diktaturen“.

Kaum ein Begriff in der bürgerlichen Welt vermag soviel Hoffnungen und Erwartungen, aber auch soviel Irritationen und Falschvorstellungen zu erwecken, wie die Auslegung der „Demokratie“. Sie soll nach dem Willen bürgerlicher Interpreten dem kapitalistischen System einen sozial wirkenden Anschein geben und das Vertrauen der Bürger zu ihrem Staat fördern. Zu dem Zweck verleitet man die Bürger dazu, sich nicht an Realitäten zu orientieren, sondern eher an Prophezeiungen und Versprechungen. Wer im Lande tatsächlich herrscht und wodurch in jedem kapitalistischen Staat elementare Interessengegensätze bestehen, wird verschwiegen oder verschleiert. Entsprechend einseitig heißt es dann im deutschen „Duden“: Demokratie ist die... „Staatsform, in der die vom Volk gewählten Vertreter die Herrschaft ausüben.“

Eine solche simple Vereinfachung verschweigt weit mehr gesellschaftliche Probleme als sie aussagt. So enthält sie nichts darüber, wer über wen und vor allem, wer auf welcher Grundlage tatsächlich herrscht. Bei solchen Begriffen wie Demokratie, Freiheit oder Gerechtigkeit verzichtet man auf den eigentlich zu klärenden Inhalt und bietet sie dem gutgläubigen Volk als wohlklingende Phrase an. Es liegt doch auf der Hand, dass die autark funktionierende Wirtschaft der eigentliche ökonomische Machtfaktor im Staate ist und dass letztlich mit ihr und durch sie im Lande das Geld regiert. Auf Strukturen und Funktionsmechanismen der Wirtschaft haben weder der Staat noch andere Einrichtungen entscheidenden Zugriff, so dass auch die heilig gesprochene „Demokratie“ vor den Toren der privaten Wirtschaft Halt macht. Unbestritten ist auch, dass die Anreize der privaten Wirtschaft primär auf eine Profitmaximierung und einen optimalen persönlichen Gewinn gerichtet sind, nicht aber auf die Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes, die in diesem Rahmen bestenfalls einen Marktfaktor darstellt.

Im Gegensatz dazu ist das Grundinteresse der großen Mehrheit der Gesellschaft auf das Gemeinwohl, die soziale und Existenzsicherheit, Gleichheit und Gerechtigkeit gerichtet. Dass sich in diesen beiden Gegensätzen immer größere Widersprüche auftun, die man bemüht ist, zu verschleiern, wird immer deutlicher. Entgegen den horrenden Gewinnen der Herrschenden zeigen sich in der Bevölkerung solche Probleme wie das Abdriften immer größerer Teile in die Armut, die weit verbreitete Existenzunsicherheit, die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich und die kulturelle und geistige Verfremdung der eigenen Bevölkerung. **Wenn richtig ist, was an die Öffentlichkeit drang, dass die reichsten 10 % der Bevölkerung über mehr als 90% des gesamten Volksvermögens verfügen während 90% der Bevölkerung sich weniger als die restlichen 10 % des Vermögens teilen müssen um ihren dringenden Lebensbedarf zu decken, so ist das ein ernstes Warnsignal.** Es weist auf eine sehr bedenkliche gesellschaftliche Schieflage hin und stellt eine fragliche Zukunft in Aussicht. Und wenn die Bürger in der ehemaligen DDR, denen man einen Großteil ihrer Produktionsstätten geschleift und versäumt hat, Ausgleich zu schaffen, heute vorwirft, nicht die gleiche Produktivität zu erreichen, so ist das ein Hohn. Vor allem auch deshalb, weil westliche Interpreten meinen, dass die DDR-Bürger ihnen allein schon für die erlangte „Demokratie“ ewig dankbar sein müssten. Und wenn sie dann noch nach 30 Jahren „in einem einheitlichen Staat“ bei gleichen Leistungen und Preisen auch hinnehmen müssen, 20 % weniger zu verdienen, gleicht ihre Zukunftsaussicht eher einer Katastrophe als den versprochenen „blühenden Landschaften“. Zieht man dann auch die zu erwartenden Renten in Betracht und weiß, dass die Entgeltpunkte, der „Ossies“ an den höheren Verdiensten in den alten Bundesländern gemessen werden, so sind sie auch als Rentner wieder nur „zweite Wahl“. Alle diese Verhältnisse haben letztlich ihren Ursprung in dem bestehenden Grundwiderspruch unserer Zeit: Gesellschaftliche Produktion – durch die Werktätigen – und privatkapitalistische Aneignung – durch die Eigentümer. Solche tiefgreifenden Gegensätze lassen sich daher auch nicht durch Einzelkorrekturen überwinden, sondern letztlich nur durch die Überwindung des Systems selbst, das diese Gegensätze immer wieder neu schaffen würde. Das würde aber voraussetzen, dass die Masse der Bevölkerung über weitgehende gesellschaftliche Einsichten verfügt wovon wir gegenwärtig aber weit entfernt sind. Daher steht ein Aufruf zur Änderung des Systems aktuell auch nicht auf der Tagesordnung. Was aber dringend getan werden müsste, wäre, durch eine gezielte und weithin abgestimmte Beeinflussung das Thema reifen zulassen bis die Mehrheit der Bürger in der Lage ist, gesellschaftliche Zusammenhänge

richtig zu beurteilen, die Verschleierungspraktiken der Herrschenden zu erkennen und ihnen mehr und mehr Zugeständnisse abzurufen.

Ein bedeutendes Kriterium der in kapitalistischen Staaten praktizierten „Demokratie“ ist die Betonung des Vorhandenseins eines „Mehrparteiensystems“, das in den stattfindenden Wahlen Anwendung findet. Damit soll die Illusion geweckt werden, als könne eine der Parteien günstigere Lebensbedingungen schaffen als die andere und die bestehenden Widersprüche und Probleme des Landes überwinden.

In Wirklichkeit treten alle Parteien für das gleiche, kapitalistische System ein, ohne es ändern zu wollen. Ihre Ziele unterscheiden sich nur in Nuancen. Und wenn in ihren Parteiprogrammen noch „sozialistische Zielvorstellungen“ enthalten sind, so geraten sie spätestens, mit der Absicht, sich zur Wahl stellen zu wollen, in „Vergessenheit“ oder werden zurückgestellt. Was in der Öffentlichkeit sicherlich vielfach verkannt wird, ist die Tatsache, dass das Grundgesetz zwar verdeckt, aber dennoch unmissverständlich eine einheitliche Systemausrichtung der Parteien vorsieht. Parteien, die den Sturz des Systems auf die Tagesordnung setzen und gegen das kapitalistische System auftreten, würde man gar nicht zur Wahl zulassen, oder sie schon im Vorfeld verbieten.

Im Grundgesetz wird formuliert, dass die Bundesrepublik „ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“, (Art. 20 GG) sei“...und dass „alle Deutschen (besonders natürlich der Staat selbst) das Recht zum Widerstand“ haben, „gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen.“ (Art. 20 Abs. 3 GG)

Damit hat das Grundgesetz auch die Basis dafür geboten, dass ein entsprechender Straftatbestand hergeleitet werden kann. Welche, der Ihrem Wesen nach gleichen Parteien man in einem „Mehrparteiensystem“ auch wählt, so kommt immer nur die Bejahung des gleichen Systems heraus. Insofern wird deutlich, dass der Charakter der so gepriesenen „Freien Wahlen“ letztlich doch nur auf Nuancierungen zwischen den Parteien begrenzt ist.

Im Gegensatz zu dieser, in den kapitalistischen Staaten praktizierten Gesellschaftsform gehen die VR China und die anderen Staaten mit sozialistischer Orientierung einen anderen Weg. Für sie hat sich ein „Mehrparteiensystem“ zu praktizieren allein schon deshalb ausgeschlossen, weil bei ihnen keine Klassen- und grundlegenden Interessengegensätze verschleiert werden müssen. Es ist doch unbestritten in der Welt, dass sich die VR China in kürzester Zeit, von einem wirtschaftlich zurückgebliebenen Land zu einer der leistungsstärksten Großmächte der Welt entwickelt hat. Dies auch unter bewusster Einbeziehung eines kontrollierten kapitalistischen Wirtschaftssektors. Das war nur möglich, weil es für sie keine grundsätzlichen Interessengegensätze zwischen der Mehrheit der Bevölkerung, der Partei und dem Staat gibt und in diesem Sinne auch ein entsprechender Einfluss auf die Wirtschaft ausgeübt wird.

In dem Buch „Notate zur Zeit“ (von Bernd Biedermann, Druckvorlage: Edgar Backhaus, MOL Werkstätten, Strausberg S. 69) werden die „wesentlichen Garanten für die Stabilität des politischen Systems“ genannt wie die Tatsachen, dass die „KP Chinas ihrem Führungsanspruch gerecht wird, Grund und Boden und Schlüsselindustrien Staatseigentum sind, die wichtigsten Bereiche des Transportwesens sich in den Händen des Staates befinden und die großen Banken unter der vollständigen Kontrolle des Staates stehen, der über die Verwendung der Gewinne entscheidet.“ Wenn in der bürgerlichen Welt immer wieder behauptet wird, dass China ein kapitalistischer Staat sei, so doch nur deshalb, um nicht zugeben zu müssen, dass ein sozialistischer Staat zu solchen Leistungen im Stande ist.

Diese Tatsachen sollten die unterdrückten Völker der Welt optimistisch stimmen und Wege zu gesellschaftsdienlichen Entwicklungen zeigen.

20. 10. 2019

Dr. jur. Heinz Günther